

Bildung: Keine Frage des Geldes!

Ist das nicht viel zu teuer? Nein.

Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung ist häufig keine Frage des Geldes, sondern der Schwerpunkte.

Viele Staaten wollen ihr Geld nicht für Menschen an den Rändern ihrer Gesellschaft ausgeben, die keine starke Lobby haben. Dann wird lieber eine Oberschule im Villenviertel renoviert als eine Grundschule im Elendsviertel gebaut.

Manchmal sind es sogar die Staaten, die das Recht auf Bildung aktiv verletzen, z.B. indem sie Frauen oder regierungskritische Studierende oder Lehrende von Schulen und Universitäten ausschließen.

So hat **amnesty international** während des Bürgerkriegs in Nepal protestiert, weil viele Lehrer in den umkämpften Gebieten von Soldaten willkürlich erschossen oder zur Flucht gezwungen wurden. Viele Schulen in den besonders armen ländlichen Gebieten verwaisten. Durch das brutale Vorgehen gegen die Lehrer wurden auch die Rechte der überlebenden Kinder verletzt: Ihnen wurde die zuvor bestehende Möglichkeit genommen, eine Grundbildung für ihr weiteres Leben zu bekommen. Statt die Menschenrechte zu schützen, hat der Staat selbst sie schwer verletzt.

amnesty international wendet sich gegen schwere Menschenrechtsverletzungen, auch des Rechts auf Bildung. So protestiert amnesty, wenn Staaten selbst das Recht auf Bildung massiv verletzt haben oder es zulassen, dass z.B. marginalisierte Bevölkerungsgruppen strukturell vom Recht auf Bildung ausgeschlossen werden.



Mädchenklasse in Irak

© amnesty international

Menschenrechtsarbeit ist nicht umsonst!

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende – jeder Beitrag hilft: Spendenkonto: 80 90 100 bei der BFS Köln BLZ 370 205 00

Werden Sie aktiv!

Weitere Informationen und Aktionen unter www.amnesty.de oder www.amnesty.de/2919

© amnesty international
Seko WSK-Rechte
(ai-Gruppe 2919)
Stand: Mai 2007



Lesen Abwägen

Fragen

Entscheiden

Freude

Aufklären

Toleranz

Das Menschenrecht auf BILDUNG

Selbstbewusstsein

Erkennen

Wählen

Verstehen

Verantwortung

Handeln



Bildung: Schlüssel zum Frieden

Bildung ist mehr als „nur“ ein Menschenrecht. Bildung eröffnet überhaupt erst die Möglichkeit, viele andere Rechte wahrzunehmen. Sie hilft, Armut zu überwinden und schützt vor vermeidbaren und tödlichen Krankheiten. Bildung trägt dazu bei, Diskriminierung zu überwinden: Sie macht Mädchen selbstbewusster und stärkt Menschen, die in ihrer Gesellschaft willkürlich ausgegrenzt werden.

Bildung heißt mehr, als Lesen und Schreiben zu lernen und Wissen zu pauken!

Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention zielt Bildung darauf

- ▶ **persönliche Fähigkeiten und Begabungen zu entfalten**
- ▶ **ausgewogen urteilen und verantwortungsvoll handeln zu können**
- ▶ **Frieden, Toleranz, Gleichberechtigung und die Verständigung zwischen ethnischen und religiösen Gruppen zu fördern**

Diese Bildungsziele sind für alle Staaten verbindlich, die die Kinderrechtskonvention unterschrieben haben – und das sind fast alle Staaten der Welt.

Lernen fürs Leben

Die UN-Pakte sind keine unverbindlichen Absichtserklärungen: Sie garantieren allen Menschen Rechte, die kein Staat antasten darf. Im Gegenteil: Die unterzeichnenden Staaten sind zur Achtung, zum Schutz und zur schrittweisen Erfüllung dieser Rechte verpflichtet und müssen der UN über Fortschritte berichten. Zum Recht auf Bildung gehören:

- ▶ **Schulpflicht und kostenlose Grundschulbildung**
- ▶ **diskriminierungsfreier Zugang** zu allen Bildungsinstitutionen
- ▶ Bildungsinhalte müssen jeweils **relevant und kulturell angemessen sein**
- ▶ Das Bildungssystem muss **flexibel** genug sein, um auf unterschiedliche Bedürfnisse einzugehen (Minderheiten, Menschen mit Behinderung, Erwachsene u.a.).

amnesty international hat z.B. mehrere osteuropäische Länder aufgefordert, gegen die massive Diskriminierung von Roma in Schulen vorzugehen. Statt diese stigmatisierten Kinder, die oft in großer Armut leben, zu integrieren und ihre Kenntnisse und Erfahrungen im Unterricht zu berücksichtigen, bleiben sogar rassistische Beleidigungen durch Lehrende oft straffrei.

Die Schwachen stärken

Besonders betonen die UN-Konventionen die Freiheit von Diskriminierung. Kein Staat muss sofort das Recht auf Bildung für alle verwirklichen, wenn er dazu beim besten Willen nicht in der Lage ist.

Aber jeder Staat muss darauf achten, dass die vorhandenen Bildungschancen ohne Diskriminierung zugänglich sind. Dabei muss er besonderen Wert auf die Einbindung von Schwachen und Benachteiligten legen.

Unter menschenrechtlichen Aspekten ist selbst ein so wohlhabendes Land wie Deutschland nicht perfekt:

Der UN-Sonderberichterstatter hat nach seinem Besuch in Deutschland 2006 gerügt, dass das deutsche Bildungssystem Kindern aus sozial schwachen Familien kaum dabei hilft, bestehende Benachteiligungen zu überwinden.

Hingegen hat Deutschland bei der Durchsetzung der Schulpflicht und der Alphabetisierungsrate sehr gut abgeschnitten.